

LTWP-11 11. Aktive Beteiligung – Gefestigte Demokratie

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Kapitel 11 Demokratie und Petitionen – Gegen Rechts

Text

1 Wir freuen uns, wenn sich Menschen beteiligen, engagieren und einmischen. Nur so
2 funktioniert unsere Gesellschaft. Demokratie lebt vom Mitmachen. Und Demokratie
3 ist das Fundament, auf dem unsere Werte und Rechte eines friedlichen und
4 gleichberechtigten Miteinanders gebaut sind. Sei es mit Hilfe von Petitionen,
5 anhand eines Ehrenamtes oder durch das Wählen selbst: Wir wollen eine Demokratie
6 der Vielfalt, in der alle Menschen mitreden können und niemand ausgeschlossen
7 wird.

8 Rechtes Gedankengut und Menschenfeindlichkeit sind dabei die größten Gefahren
9 für unsere Demokratie. Wir GRÜNE stehen deshalb auf gegen Rechts und sagen Nein
10 zu Hass und Hetze. Um unsere Demokratie zu schützen, brauchen wir eine starke
11 demokratische Zivilgesellschaft und gute politische Bildungsangebote. Wir wollen
12 deshalb die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide senken, die wichtige
13 Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung weiter unterstützen oder die
14 Ehrenamtskarte als Dank für ehrenamtliches Engagement noch mehr bewerben. So
15 werden wir unsere Ziele umsetzen, Bürger*innen aktiv zu beteiligen und die
16 Demokratie zu festigen.

17 Politische Bildung stärken

18 Die Landeszentrale für politische Bildung ist das Herzstück der
19 Demokratiebildung in Rheinland-Pfalz. Wir GRÜNE wollen daher die Landeszentrale
20 stärken und ausbauen und die Zusammenarbeit mit Schulen, Hochschulen und anderen
21 Einrichtungen intensivieren. Durch einen einfachen Zugang zu ihnen erreichen
22 wir, dass Menschen jeden Alters dieselbe politische Bildung genießen können.
23 Durch Sensibilisierungs- und Monitoringprogramme wollen wir Vielfalt und
24 Diversität auch im Landtag fördern.

25 Eine wesentliche Säule unserer politischen Bildung ist Gedenkarbeit. Politische
26 Teilhabe in einer starken Demokratie setzt informierte Bürger*innen voraus. Zur
27 politischen Bildung gehören deshalb auch Erinnerungskultur und
28 Gedenkstättenarbeit. Die Gräueltaten des Nationalsozialismus müssen in
29 Erinnerung bleiben. Wir GRÜNE wollen eine stärkere Vernetzung zwischen
30 Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten und setzen uns dafür ein, weitere
31 Gedenkorte zu erschließen. Nicht alle Facetten der NS-Zeit sind bereits
32 wissenschaftlich aufgearbeitet, beispielsweise fehlen genaue Opferzahlen für die
33 Novemberpogrome. Wir unterstützen Bemühungen den 8. Mai als Tag der Befreiung
34 vom Nationalsozialismus zum Gedenktag zu erklären – als dauerhaftes Zeichen
35 unseres Gedenkens.

36 Mitbestimmung für alle

37 Wir GRÜNE setzen uns für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein. Bislang
38 verhindert die Blockade der CDU eine Änderung der Verfassung und verweigert
39 somit jungen Menschen ihr Recht auf Mitbestimmung. Auch weitere Einschränkungen

40 des Wahlrechtes wollen wir abbauen: So machen wir uns stark für das Wahlrecht
41 auf Kommunal- und Landesebene für Menschen ohne deutsche beziehungsweise
42 europäische Staatsbürgerschaft.

43 Bürger*innen beteiligen

44 Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges Element gelebter Demokratie. Vor Ort oder
45 auf Landesebene sollen alle durch qualitativ hochwertige Beteiligung mitgenommen
46 werden. Um Brücken zwischen Parlament und Bürger*innen zu bauen, sind
47 Begleitkreise mit gelosten Bürger*innen für konkrete Reformprozesse eine
48 Möglichkeit. Elementen der direkten Demokratie stehen wir offen gegenüber und
49 möchten die Hürden für Volksbegehren sowie Volksentscheiden absenken. Ein
50 wichtiges und niedrighschwelliges Beteiligungsrecht ist das Petitionsrecht. Daher
51 wollen wir erreichen, dass Petent*innen schon ab 1000 Mitzeichnungen ein
52 Rederecht vor dem Petitionsausschuss erhalten. Für mehr Transparenz soll der
53 Petitionsausschuss bei diesen Petitionen öffentlich tagen.

54 Gemeinsam ehrenamtlich aktiv

55 Das freiwillige Engagement rheinland-pfälzischer Bürger*innen ist für einen
56 sozialen Zusammenhalt und eine starke Bürgergesellschaft unentbehrlich. Wir
57 GRÜNE wollen das Ehrenamt in Rheinland-Pfalz weiter stärken und ihm
58 Wertschätzung entgegenbringen, dabei auch das digitale Ehrenamt stärker in den
59 Fokus rücken. Wer hinter dem Bildschirm sitzt, leistet ebenfalls einen
60 wesentlichen Beitrag im Ehrenamt.

61 Die Ehrenamtler*innen in Rheinland-Pfalz können mit der Ehrenamtskarte bereits
62 landesweit von zahlreichen Vergünstigungen profitieren. Wir GRÜNE wollen für die
63 Ehrenamtskarte noch mehr Partner*innen ins Boot holen und das Angebot für
64 engagierte Menschen ausweiten. Zudem unterstützen wir Initiativen zur Gewinnung
65 neuer Ehrenamtler*innen. Die Angebote für Freiwilligenjahre wollen wir für alle
66 Altersgruppen ausbauen und insbesondere die Werbung für das FSJ und FÖJ weiter
67 unterstützen.

68 Klare Kante gegen rechte Hetze

69 Das Land, in dem wir leben wollen, ist bunt, offen und tolerant. Unser Ziel ist
70 ein friedliches und demokratisches Miteinander, geprägt von vorurteilsfreien
71 Begegnungen, von Toleranz und Offenheit. Unsere Stärke liegt in der Vielfalt.
72 Aus unserem Zusammenhalt schöpfen wir als Rheinland-Pfälzer*innen Energie gegen
73 spalterische Kräfte.

74 Die größte Bedrohung dieser Werte kommt von Rechts. Die Neue Rechte verbreitet
75 in der gesamten Bundesrepublik Menschenhass. Sie lehnt die Gleichwertigkeit
76 aller Menschen ab und versucht, ihr rassistisch geprägtes Weltbild zu
77 verbreiten. Wozu Menschenfeindlichkeit führen kann, haben die rassistischen,
78 islamfeindlichen und antisemitischen Anschläge der vergangenen Jahre gezeigt.
79 Leider gibt es auch in Rheinland-Pfalz rechtsterroristische Gruppen und
80 rechtsideologische Veranstaltungen. Diese sind unter anderem bei der Identitären
81 Bewegung, der AfD und deren Jugendorganisation zu verorten.

82 Kontinuierliche Prävention

83 Die grüne Strategie gegen Rechts ist ganzheitlich und reicht von
84 Aufklärungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen bis hin zu Aussteigerprogrammen.

85 Auf Kommunal- und Landesebene gibt es bereits eine Vielzahl an Initiativen, wie
86 zum Beispiel das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz oder die mobile
87 Beratungsstelle gegen rechte, rassistische und antisemitische Gewalt – m*power.
88 Wir GRÜNE wollen die Aufgaben der politischen Gewalt- und Extremismusprävention,
89 der politischen Bildung und der Antidiskriminierungsarbeit stärker bündeln. Wir
90 wollen eine gesicherte kontinuierliche Finanzierung für Projekte gegen Rechts
91 und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Auf Bundesebene muss ein
92 Demokratiefördergesetz entstehen, damit finanzielle Mittel an Projekte gegen
93 Rechts nicht immer nur befristet sind. Kampf gegen Rechts ist eine dauerhafte
94 Aufgabe. Wir GRÜNE wollen dazu auch unseren finanziellen Anteil als Bundesland
95 leisten.

96 Die konsequente Entwaffnung von Nazis und Reichsbürger*innen zählt auch zur
97 Strategie gegen Rechts. Wer Menschen hasst und die Bundesrepublik und ihre
98 Gesetze ablehnt, darf keine Waffen besitzen. Wir GRÜNE fordern daher, alle
99 Genehmigungen für Waffen und sprengstoffähnliche Materialien zu widerrufen und
100 Waffen und Munition sicherzustellen, die im Besitz von Nazis und
101 Reichsbürger*innen sind. Dafür brauchen wir eine Kontrolloffensive der
102 kommunalen Waffenbehörden und ein verschärftes Waffengesetz auf Bundesebene.

103 Die neue Rechte versucht, sich durch lose Strukturen unbemerktbar zu machen und
104 die Verantwortung durch den Verweis auf „Einzeltäter“ von sich zu schieben. Wir
105 GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Sicherheitsbehörden den neuen
106 Erscheinungsformen von Rechtsterrorismus stärker Rechnung tragen.

107 Wir GRÜNE wollen den Menschen helfen, die von rechtem Hass betroffen sind. Dies
108 gilt auch für Kommunalpolitiker*innen und die engagierte Zivilgesellschaft, die
109 sich ehrenamtlich für unser aller Wohl einsetzen und immer wieder attackiert
110 werden. Wir haben bereits erreicht, dass der Schutz gegen üble Nachrede und
111 Verleumdung im Strafrecht auf Kommunalpolitiker*innen ausgeweitet wird. Diesen
112 Schutz wollen wir weiter ausbauen und auf Prävention setzen. Adressen von
113 politisch aktiven Menschen müssen noch stärker geschützt werden.

114 Gerade politisch aktive Frauen werden im Netz Opfer von sexualisierter Gewalt;
115 Antifeminismus ist Teil rechter Ideologie. Wir GRÜNE werden entschieden jedwedem
116 Hass im Netz und digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen entgegentreten. Wir
117 unterstützen deshalb Initiativen zur strafrechtlichen Verfolgung von
118 Hasskommentaren. Dafür müssen Strafverfolgungsbehörden beispielsweise durch
119 Fortbildungen noch stärker für sexualisierte, digitale Gewalt sensibilisiert
120 werden.

121 Rechtes Gedankengut raus aus Behörden

122 Wir GRÜNE kämpfen nach wie vor dafür, dass keine rechte Partei im Landtag und in
123 der Kommunalpolitik vertreten ist. Zudem darf es keine Anhänger*innen mit
124 rechtem und demokratiefeindlichen Gedankengut im öffentlichen Dienst geben –
125 weder in den Gremien der Landesverwaltung noch in den Sicherheitsbehörden. Dazu
126 werden wir weitere rechtliche Möglichkeiten im Landesdisziplinargesetz prüfen.
127 Darüber hinaus brauchen wir – neben einem internen Prozess – eine unabhängige
128 wissenschaftliche Untersuchung zu rechten Einstellungen bei der Polizei. Diese
129 Studie kann uns wichtige Hinweise für zielgerichtete Prävention bei der Polizei
130 liefern. Für Kommunen wollen wir ein neues Förderprogramm Kommunen ohne
131 Rassismus – Kommunen mit Courage starten.

132 Rassismus aktiv verlernen

133 Rassismus fängt in den Köpfen der Menschen an. Bereits in jungen Jahren werden
134 Vorurteile erlernt. Dabei hat Sprache einen entscheidenden Einfluss auf das
135 Denken der Menschen. Deswegen wollen wir erreichen, dass der Begriff „Rasse“ aus
136 der rheinland-pfälzischen Landesverfassung verschwindet. Es gibt keine Rassen,
137 sondern nur Menschen. Wir werden eine Formulierung suchen und finden, die aktiv
138 vor Diskriminierung schützt. Mit einer sprachlichen Anpassung in der Verfassung
139 ist das Problem aber nicht gelöst. Wir müssen Rassismus aktiv verlernen. Dafür
140 werden wir bestehende Programme gegen Rassismus stärken und ausbauen. Bisher
141 wurde in Rheinland-Pfalz zu wenig zu diesem Thema geforscht. Deshalb halten wir
142 einen in regelmäßigen Abständen erarbeiteten wissenschaftlichen Bericht über
143 Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Rheinland-Pfalz für
144 unbedingt erforderlich.